

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Björn Engholm MdL würdigt den Bonner Sonderparteitag: Kampf um Mehrheiten stimuliert.

Seite 1

Inge Wettig-Danielmeier MdL dankt Willy Brandt: Für die Gleichstellung der Frauen eingesetzt.

Seite 3

Anke Martiny MdB zum Bonner Umgang mit Arzneimitteln: Mögliche Nebenwirkung Tod.

Seite 5

Dagmar Luuk MdB zur Verschuldung der Dritten Welt: Teil-Erlaß verantwortlich diskutieren.

Seite 6

42. Jahrgang / 111

15. Juni 1987

Ein Parteitag, der Zeichen gesetzt hat

Der Kampf um sozialdemokratische Mehrheiten wurde in Bonn wirksam stimuliert

Von Björn Engholm MdL
Oppositionsführer im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Spitzenkandidat der SPD für die Landtagswahl am 13. September

Den vielen guten Worten zum Sonntag will ich kein weiteres hinzufügen. Nur soviel sei gesagt: Es war ein Abschied in Würde von Willy Brandt, der nun unser Ehrenvorsitzender ist. Und es war ein Wechsel hin zu Hans-Jochen Vogel, der der ganzen Partei mit Sicherheit neues Selbstbewußtsein gibt. Damit hat dieser außerordentliche Parteitag gezeigt, daß die älteste Partei Deutschlands immer wieder zur Solidarität und Erneuerung in der Lage ist.

Die eindrucksvolle Art und Weise des Wechsels an der Führungsspitze, aber auch die klaren programmatischen Aussagen Hans-Jochen Vogels, sein Bekenntnis zu den Nürnberger Beschlüssen, sein Festhalten daran, sind für uns in Schleswig-Holstein ein Pfund, mit dem wir in den vor uns liegenden arbeitsreichen Monaten bis zum 13. September getrost „wuchern“ können.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kreisförmiger Umweltschutz
mit wasserlöslichen Klebstoffen
Recycling-Papier



Wir in Schleswig-Holstein stehen vor einer entscheidenden Phase in der Geschichte des Landes. Seit 37 Jahren regiert hier ununterbrochen die CDU. Und wohl selten war die Aussicht so günstig, die CDU-geführte Landesregierung abzulösen und durch eine sozialdemokratische zu ersetzen.

Im gleichen Maße nämlich, wie bei der CDU und ihrer Regierung Selbstzufriedenheit und Selbstherrlichkeit wuchsen, sanken die Chancen der Menschen in Schleswig-Holstein auf sichere Arbeitsplätze, saubere Umwelt und demokratische Fortentwicklung. Und ich bin guten Mutes, daß sie nur darauf warten, am Wahltag der CDU die Quittung zu geben.

Es ist „Zeit zum Aufklaren“, sagen die Menschen an der Küste, wenn am Deck eines Schiffes aufgeräumt werden muß, und so lautet auch unser zentrales Motto für den Wahlkampf.

Gelingt uns am 13. September dieser Aufbruch im Norden der Republik und halten die Bremer die Bastion, so haben wir nach Rheinland-Pfalz und Hamburg gezeigt, daß das nicht immer so weitergeht mit dem „Weiter so“. Dies wird Mut machen, in Bonn und anderswo.

Auf dem Weg dahin hat dieser Parteitag Zeichen gesetzt. Sein Verlauf hat uns zwar - wenn ich den Genius loci bemühen darf - in der Beethoven-Halle - nicht „freudetrunken“ werden lassen, aber er hat uns Zuversicht gegeben. Und sie gibt uns Kraft, mit Hirn und Herz und Hand an dem Ziel zu arbeiten, aus dieser Zuversicht sozialdemokratische Mehrheiten in Bund und Ländern werden zu lassen.

(-/15.6.1987/vo-he/rs)

* * *



Für die Gleichstellung der Frauen eingesetzt

Ein Wort des Dankes an Willy Brandt

Von Inge Wettig-Danielmeier MdB
Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF)

In den letzten Wochen ist viel über die Leistungen und Verdienste Willy Brandts geschrieben und gesprochen worden. Ein Punkt ist in keinem der großen Würdigungen erwähnt worden: Sein Einsatz für die gesellschaftliche Gleichheit von Frau und Mann.

Immer wieder hat Willy Brandt - gemeinsam mit anderen, aber auch als Vormann und Einzelkämpfer - dieses alte Programmziel der SPD aufgegriffen. Während seiner Kanzlerschaft wurden Gesetze geschaffen oder in die Wege geleitet, die die Grundlage sind für die heutigen Möglichkeiten und das neue Lebensgefühl junger Frauen, ich erinnere an die Reform des Unehelichenrechts, an das Ehe- und Familienrecht, an die Reform des § 218.

1977 hat Willy Brandt die Vorstellungen der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen zur Umsetzung innerparteilicher Gleichstellung aufgegriffen und als Parteivorsitzender, gemeinsam mit meiner Vorgängerin, der ersten Gleichstellungskommission vorgeschlagen, die versucht hat, den Stein mühselig ins Rollen zu bringen.

Er hat damals schon gemeinsam mit Egon Bahr für die innerparteiliche Quote gekämpft als Übergangshilfsmittel zur Gleichstellung und hat dabei auf skandinavische Erfahrungen verwiesen. Die Frauen der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen haben das entschieden abgelehnt, weil wir glaubten, eine solche Schutzklausel widerspräche unserem grundsätzlichen Anspruch auf Gleichheit und sei in einer sozialdemokratischen Partei nicht nötig. Die Alibifrau, die Konzessionsfrau früherer Jahre werde nur durch die Quotenfrau ersetzt.

Wir haben inzwischen gelernt: Mehr Frauen in der Politik sind ein mehr an Demokratie und dieses mehr an Demokratie und Gerechtigkeit muß im Zweifel auch durch gesetzliche oder Satzungsvorkehrungen abgesichert werden; schließlich sind Gleichheit und Gerechtigkeit für die Unterprivilegierten nie durch das freie Spiel der Kräfte, sondern durch Schutzvorschriften und solidarischen Druck zustand gekommen.

Und wieder hat Willy Brandt in der Partei den Vorreiter gemacht mit dem Beschlußvorschlag an den Parteirat 1985, schon für die Bundestagswahl 1987 ernst zu machen mit einer Frauenbeteiligung entsprechend dem Mitgliederanteil - der Parteirat ist ihm gefolgt, die Partei nicht überall, aber in einigen Bezirken hat es doch große Fortschritte gegeben. Im Bezirk Hannover sind immerhin mit 11 Bundestagsabgeordneten vier Frauen, davon drei mit sicheren Wahlkreisen.



Als deutlich wurde, daß Willensbekundungen allein nicht ausreichen, wurde im vorigen Jahr ein eindeutiger Quotenbeschuß in Nürnberg mit großer Mehrheit gefaßt. Der Beschußvorschlag aus der Gleichstellungskommission war nicht nur vom Vorsitzenden und seinem Geschäftsführer, sondern auch vom Vorsitzenden der Antragskommission, Jochen Vogel, nachdrücklich unterstützt worden.

1978 hat Willy Brandt ein Buch herausgegeben zur Erinnerung an den 100. Jahrestag der Erst-
erscheinung von Bebels Frau und der Sozialismus.

Darin hat er sehr richtig analysiert, daß August Bebel noch davon ausgegangen sei, die Frau müsse dem Manne gleichgestellt, das heißt ihre Defizite ausgeglichen werden, daß es heute aber darum gehe, die Rollenfestlegungen und Defizite von Mann und Frau zu verändern.

Und: daß mehr Frauen in der Politik notwendig seien, um die Qualität der Politik zu verändern.

1986 hat sich die Programmkommission der SPD eben diese Gedanken zueigen gemacht und ihrem Kapitel zur gesellschaftlichen Gleichheit von Mann und Frau die Aufhebung der Spaltung zwischen Männern und Frauen zum sozialdemokratischen Ziel gesetzt. Erhard Eppler hat hinzugefügt: Wer die menschliche Gesellschaft will, muß die männliche Gesellschaft überwinden.

Ich denke, Willy Brandt hat 1978 nicht von ungefähr an August Bebel angeknüpft. Der Vergleich zeigt die unterschiedlichen, gesellschaftlichen Bedingungen und Möglichkeiten. August Bebel konnte nur ein Buch schreiben, ein aufregendes für die damalige Zeit, immerhin hat es wesentlich dazu beigetragen, die Forderung nach Frauenwahlrecht in der eigenen Partei zu verankern.

Willy Brandt konnte als Parteivorsitzender an die Umsetzung der alten sozialdemokratischen Gleichheitsforderungen gehen und er hat es - entgegen anderen Stimmungen und Emotionen - konsequent getan.

Er hat damit viele rebellische Frauen in der SPD gehalten und er hat vielen den Zugang zur SPD ermöglicht.

Wir, die Frauen in der SPD, danken ihm dafür und wir wünschen uns, daß seine Partei diese Ziele Willy Brandts konsequent umsetzt.

(-/15.6.1987/vc-he/rs)



Mögliche Nebenwirkung Tod

Bei Arzneimitteln schützt die Bundesregierung eher die Hersteller als die Verbraucher

Von Dr. Anke Martiny MdB

Mitte Mai las man in der Zeitung, daß die Sportlerin Birgit Dressel infolge eines Schocks plötzlich starb, und die Staatsanwaltschaft nahm Ermittlungen über die Todesursache auf. In den Zeitungen wurde die Frage aufgeworfen, ob wieder einmal ein metamizolhaltiges Arzneimittel für den tödlichen Schock verantwortlich war.

In diesem Zusammenhang lohnt der Hinweis, daß bereits Anfang der 80er Jahre eine Zusammenstellung bei rororo aktuell unter dem Titel „Mögliche Nebenwirkung Tod“ erschien, in der zahlreiche Fälle dokumentiert waren, wo der Zusammenhang zwischen der Verabreichung von metamizolhaltigen Arzneimitteln und der tödlichen Folge behauptet wurde. Diese und viele andere Veröffentlichungen führten damals dazu, daß das Bundesgesundheitsamt Anwendungsbeschränkungen und Warnhinweise, sowie eine Erweiterung der Gegenanzeigen und Nebenwirkungen anordnete. Die Arzneimittel blieben aber auf dem Markt.

Die Kette der Todesfälle riß aber nicht ab, so daß 1986 in einer zweiten Sondersitzung des Bundesgesundheitsamtes erneut eine Nutzen-Risiko-Analyse für metamizolhaltige Arzneimittel stattfand. Weitere Einschränkungen wurden angeordnet, die am 1. März 1987 in Kraft traten. Verboten wurden diese Arzneimittel erneut nicht.

Grund genug, der Bundesregierung nach dem Tod der Sportlerin erneut auf die Finger zu klopfen: Ob denn nicht doch früher reagiert hätte werden müssen, und was die Bundesregierung angesichts des Todes von Birgit Dressel zu tun gedanke. Die Bundesregierung antwortete freundlich und gründlich - aber eben nicht engagiert!

Die Bundesregierung schrieb: „Mit sofortiger Wirkung wurde am 27. April 1987 der Widerruf der Zulassung für metamizolhaltige Kombinationsarzneimittel angeordnet mit Ausnahme derjenigen, die als zweite Komponente ein Spasmolytikum enthalten. Für diese Kombinationsarzneimittel wurde das Ruhen der Zulassung bis zum 31. Dezember 1988 verfügt. Zur Zeit befinden sich nur noch metamizolhaltige Monopräparate im Verkehr, deren Anwendungsgebiete erheblich eingeschränkt wurden.“

Reicht dies nun wirklich aus? Wer zieht eigentlich jene Hersteller zur Verantwortung, die ungeachtet der im Grunde jahrzehntelangen Bedenken gegen diese Arzneimittelgruppe unverändert an der Herstellung von metamizolhaltigen Präparaten und deren in Verkehr bringen verantwortlich beteiligt waren? Und wird die Öffentlichkeit über die tatsächlichen Todesursachen der Sportlerin informiert werden, wenn sich herausstellen sollte, daß auch in diesem Fall metamizolhaltige Arzneimittel die Todesursache gewesen sind?

Fragen über Fragen, die wieder einmal deutlich machen, daß das Bundesgesundheitsministerium und die ihm nachgeordnete Behörde unter dem Aspekt des wirtschaftlichen Schadens für den Hersteller von Arzneimitteln über zu lange Zeiträume nicht vorsichtig genug mit der Gesundheit der Menschen umgehen.

(-/15.6.1987/vo-he/rs)

* * *



Die Diskussion um einen Teilschulden-Erlaß verantwortlich führen

**Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit muß dem
Parlament endlich den DIE-Bericht vorlegen**

Von Dagmar Luuk MdB

Mitglied des Bundestags-Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Obwohl die Verschuldung der Entwicklungsländer eines der wichtigsten Themen auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Venedig war, ist die zentrale Frage eines Teilschuldenerlasses wieder nicht ernsthaft in Betracht gezogen worden. Daß das bisherige Krisenmanagement nicht mehr in der Lage ist das Verschuldungsproblem unter Kontrolle zu halten, zeigen die spektakulären Abschreibungsaktionen der größten amerikanischen Geschäftsbanken.

In den vergangenen viereinhalb Jahren ist es nicht einmal gelungen, die Schuldenlast zu verringern geschweige denn die Kreditwürdigkeit der hochverschuldeten Entwicklungsländer wiederherzustellen. Die relativ günstigen weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind deshalb nicht für effektive Schritte gegen die Verschuldungskrise genutzt worden.

Durch die sich abzeichnende Rezession wird sich nach Ansicht vieler internationaler Bankfachleute die prekäre Lage dieser Entwicklungsländer noch weiter verschlechtern, die Schuldenkrise ist in eine neue gefährliche Phase gekommen.

Die SPD fordert in diesem Zusammenhang seit langem die Rückbesinnung auf das Londoner Schuldenabkommen von 1933 und die Indonesien-Umschuldung von 1970, bei denen Hermann-Josef Abs maßgeblich beteiligt war. Hierbei wurde den Schuldnern Deutschland und Indonesien ein wesentlicher Teil ihrer Schuldendienstverpflichtung erlassen. Inwieweit Grundzüge dieser beiden Abkommen für die Lösung der heutigen Verschuldungskrise Vorbildcharakter haben, untersucht eine Studie des Deutschen Institutes für Entwicklungspolitik (DIE) in Berlin.

Dabei wurden Überlegungen zu einer Lösung auf dem Wege des Vergleiches angestellt, bei denen es dabei geht, die Schuldendienstverpflichtung wieder in Einklang mit der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Entwicklungsländer zu bringen. Jedoch - auch in Bonn - wird die Diskussion um einen Teilschuldenerlaß in unverantwortlicher Weise vernachlässigt. Ich kritisiere es deshalb sehr, daß die umfassende Studie des DIE trotz der Zusicherung des Parlamentarischen Staatssekretärs Köhler noch immer nicht den Parlamentariern zugänglich gemacht wurde, und dies, obwohl die Presse bereits ausführlich aus der Studie zitiert hat.

(-/15.6.1987/vo-he/rs)

